

Deutscher Bundestag Wissenschaftliche Dienste

Jahrestage 2007

Historische und politische Jahrestage unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands

- Dokumentation -

RR z.A. Kolja Bartsch

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasser/in: RR z.A. Kolja Bartsch

Jahrestage 2007

Dokumentation WD 1 - 218/06

Abschluss der Arbeit: 19.02.2007

Fachbereich WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

Inhaltsverzeichnis		
1.	Einleitung	5
2.	Jahrestage 2007 (nach Jahren sortiert)	6
2.1.	1807 (200. Jahrestag)	6
2.2.	1832 (175. Jahrestag)	6
2.3.	1857 (150. Jahrestag)	6
2.4.	1882 (125. Jahrestag)	6
2.5.	1907 (100. Jahrestag)	6
2.6.	1932 (75. Jahrestag)	7
2.7.	1957 (50. Jahrestag)	7
2.8.	1977 (30. Jahrestag)	8
2.9.	1982 (25. Jahrestag)	9
2.10.	1997 (10. Jahrestag)	10
3.	Jahrestage 2007 (nach Tagen sortiert)	12
3.1.	Januar 2007	12
3.2.	Februar 2007	12
3.3.	März 2007	13
3.4.	April 2007	13
3.5.	Mai 2007	13
3.6.	Juni 2007	14
3.7.	Juli 2007	15
3.8.	August 2007	15
3.9.	September 2007	16
3.10.	Oktober 2007	17

3.11.	November 2007	17	W
3.12.	Dezember 2007	18	
1	Quallan und Litaraturvarzaiahnis	10	



1. Einleitung

In Ergänzung zu der Zusammenstellung "Alljährlich wiederkehrende Gedenk- und Aktionstage" (Auswahl für das Jahr 2007) des Fachbereiches WD 1 der Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages orientiert sich die vorliegende Übersicht speziell an solchen Ereignissen, die für Entwicklung Deutschlands und der Bundesrepublik Deutschland sowie der DDR eine besonderer Rolle spielten bzw. spielen. Dabei fanden ausschließlich die "runden" Jahrestage 10, 25, 30, 50, 75, 100, 125, 150, 175 und 200 Jahre Berücksichtigung. In der ersten tabellarischen Darstelllung sind die Jahrestage nach Jahren, beginnend mit dem Jahr 1807 (200. Jahrestag), sortiert. In der zweiten Tabelle finden sich dieselben historischen und politischen Sachverhalte nach Monaten geordnet.



2. Jahrestage 2007 (nach Jahren sortiert)

2.1. 1807 (200. Jahrestag)

9. Juli 1807	Der Friede von Tilsit zwischen Frankreich und Preußen beendet
	den so genannten Vierten Koalitionskrieg (Koalition u.a. von
	Preußen, Sachsen und Russland gegen Frankreich). Preußen
	verliert seinen westelbischen Besitz und die ehemaligen polni-
	schen Gebiete.
9. Oktober 1807	Der preußische König Friedrich Wilhelm III. erlässt auf Initiati-
	ve von Minister Karl Reichsherr vom und zum Stein ein Edikt
	zur Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft

2.2. 1832 (175. Jahrestag)

27. Mai 1832	Hambacher Fest für "Einheit und Freiheit in Deutschland" auf
	der Schlossruine der Maxburg bei Hambach in der Pfalz (27. –
	30. Mai 1832). Das Fest ist die erste Massenversammlung der
	demokratisch-republikanischen Bewegung in Deutschland.

2.3. 1857 (150. Jahrestag)

24. Januar 1857	Im "Wiener Münzvertrag" zwischen dem Deutschen Zollver-
	ein und Österreich wird das Münzwesen in den meisten Staaten
	des Deutschen Bundes vereinheitlicht.

2.4. 1882 (125. Jahrestag)

20. Mai 1882	Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien schließen den so
	genannten Dreibund als geheimes Bündnis- und Verteidigungs-
	abkommen.

2.5. 1907 (100. Jahrestag)

15. Juni 1907	Zweite Haager Friedenskonferenz (15. Juni – 18.Oktober
	1907) mit 44 Teilnehmerstaaten zu Fragen des Kriegsrechts, der
	Abrüstung und der friedlichen Beilegung internationaler Kon-
	flikte. Hauptergebnisse sind die "Haager Landkriegsordnung"
	und die Gründung des Haager Schiedsgerichtshofes zur Beile-
	gung internationaler Konflikte.

2.6. 1932 (75. Jahrestag)

20. Juni 1932	Im "Benelux-Abkommen" beschließen die Niederlande, Bel-
	gien und Luxemburg den Abbau ihrer Zollschranken.
20. Juli 1932	"Preußenschlag": Auf Initiative von Reichskanzler Franz von
	Papen wird durch eine Notverordnung und unter Ausrufung des
	militärischen Ausnahmezustands die geschäftsführende preußi-
	sche Regierung unter Leitung von Otto Braun (SPD) für abge-
	setzt erklärt. Papen lässt sich von Reichspräsident Hindenburg
	zum Reichskommissar von Preußen ernennen. Damit wird die
	letzte demokratisch legitimierte preußische Regierung zerschla-
	gen und die Weimarer Republik entscheidend geschwächt.
30. September 1932	Auf Beschluss des Stadtrates von Dessau im Land Anhalt muss
	das Bauhaus seinen Lehr- und Forschungsbetrieb einstellen.
8. November 1932	Franklin D. Roosevelt wird als Kandidat der Demokratischen
	Partei bei den Präsidentschaftswahlen zum neuen amerikani-
	schen Präsidenten gewählt.

2.7. **1957 (50. Jahrestag)**

1. Januar 1957	Des Capuland wind als malantes Dundesland Teil den Dundesne
1. Januar 1957	Das Saarland wird als zehntes Bundesland Teil der Bundesre-
	publik Deutschland.
21. Januar 1957	Der Bundestag verabschiedet, rückwirkend zum 1. Januar 1957,
	das Gesetz über die Rentenreform und führt damit die sog. dy-
	namische Rente ein. Die lohnbezogene Rentenanpassung an die
	Bruttolöhne gilt als eine der wichtigsten Sozialreformen seit der
	Sozialversicherungsgesetzgebung unter Reichskanzler Bismarck
	in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts.
7. März 1957	In der DDR wird mit der "Harich/Janka-Gruppe" eine inner-
	parteiliche Oppositionsgruppe der SED zu Zuchthausstrafen
	verurteilt (7. – 9. März 1957).
25. März 1957	Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Italien und
	die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen in Rom die so
	genannten Römischen Verträge über die Schaffung der
	Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäi-
	schen Atomgemeinschaft (EAG bzw. EURATOM).
1. April 1957	Einberufung der ersten Wehrpflichtigen der Bundeswehr.
_	Rund 10.000 Wehrpflichtige rücken in die Bundeswehrkasernen
	ein.
12. April 1957	"Göttinger Manifest": Führende Atomwissenschaftler votieren
1	gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik.
18. Juni 1957	Verkündung des "Gesetzes über die Gleichberechtigung von
	Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts" in
	der Bundesrepublik.
4. Juli 1957	Das "Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen", auch Kar-
	tellgesetz genannt, wird im Deutschen Bundestag verabschiedet.
	Das Gesetz ist Grundlage für die Tätigkeit des Bundeskartellam-
	tes.

V	1	V	-

25. Juli 1957	Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz entsteht als bundesun-
	mittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie verwaltet
	die ihr übertragenen Kulturgüter des ehemaligen Landes Preu-
	ßen.
26. Juli 1957	Die Deutsche Bundesbank wird als zentrale Notenbank der
	Bundesrepublik und West-Berlins gegründet.
5. September 1957	Bund und Länder gründen den Wissenschaftsrat mit Sitz in
	Köln. Das Beratungsgremium soll u.a. einen Gesamtplan für die
	Wissenschaftsförderung aufstellen.
15. September 1957	Bei der Bundestagswahl 1957 erreicht die Union mit 50,2 Pro-
	zent der Zweitstimmen die absolute Mehrheit der Stimmen und
	Mandate. Es ist die bisher einzige absolute Mehrheit einer
	Partei in der Bundesrepublik bei Bundestagswahlen.
4. Oktober 1957	Der sowjetische Satellit "Sputnik 1" startet als erster Erdsatellit
	ins Weltall. Das Ereignis löste in der westlichen Welt den so
	genannten Sputnikschock aus.
27. Oktober 1957	Gründung des Bundes der Vertriebenen - Vereinigte Lands-
	mannschaften und Landesverbände (BdV) in Deutschland.
31. Oktober 1957	In Garching bei München geht als erstes bundesdeutsches
	Kernkraftwerk ein Forschungsreaktor in Betrieb.
5. November 1957	Das Allgemeine Kriegsfolgengesetz regelt Rechts- und Ent-
	schädigungsprobleme, die durch Kriegs- und Nachkriegsereig-
	nisse sowie die Niederlage des Deutschen Reiches entstanden
	sind.
16. Dezember 1957	Der erste Atomreaktor der DDR wird in Rossendorf bei Dres-
	den in Betrieb genommen.

2.8. 1977 (30. Jahrestag)

7. April 1977	In Karlsruhe ermorden Terroristen der "Rote Armee Fraktion"
	(RAF) Generalbundesanwalt Siegfried Buback in seinem
	Dienstwagen auf der Fahrt zur Arbeit. Sein Fahrer und ein Jus-
	tizwachtmeister werden ebenfalls ermordet .
30. Juli 1977	In seinem Haus in Oberursel/Taunus wird der Vorstandsvorsit-
	zende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, durch Terroristen
	der "Rote Armee Fraktion" (RAF) ermordet.
5. September 1977	Im "deutschen Herbst" 1977 erreicht in der Bundesrepublik die
-	Welle der Gewalt der terroristischen "Rote Armee Fraktion"
	(RAF) einen Höhepunkt. Am 5. September 1977 wird der da-
	malige Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer von ei-
	nem RAF-Kommando entführt, sein Fahrer und seine drei Per-
	sonenschützer erschossen. Die Terroristen drohen der Bundesre-
	gierung mit der Ermordung Schleyers, sofern nicht bereits inhaf-
	tierte Mitglieder der RAF von ihr freigelassen werden. Am 13.
	Oktober 1977 entführen vier arabische Terroristen des so
	genannten Kommando Martyr Halimeh die Lufthansa-
	Maschine "Landshut" auf ihrem Weg von Mallorca nach
	Frankfurt, um die Forderungen der Entführer Schleyers zu un-
	terstützen. Der Pilot der Maschine wird von den Terroristen
	während der Entführung erschossen. Die Bundesregierung unter

Bundeskanzler Helmut Schmidt gibt den Erpressern nicht nach und lehnt eine Freilassung der RAF-Häftlinge ab. In der somalischen Hauptstadt Mogadischu schließlich wird die "Landshut" in der Nacht zum 18. Oktober 1977 auf Befehl der Bundesregierung von einer Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes, der "GSG 9", gestürmt und alle Geiseln unverletzt befreit. Drei der vier Luftpiraten sterben. Die im Hochsicherheitstrakt der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim inhaftierten Terroristen der so genannten ersten Generation der RAF - Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe - begehen am 18. Oktober 1977 in ihren Zellen Selbstmord. Am 19. Oktober 1977 wird die Leiche von Hanns-Martin Schleyer im Kofferraum eines Autos im französischen Mühlhausen entdeckt.

2.9. 1982 (25. Jahrestag)

25. Januar 1982	DDR: Der "Berliner Appell - Frieden schaffen ohne Waffen" wird auf Initiative von Pfarrer Rainer Eppelmann veröffentlicht.
3. Februar 1982	Bundeskanzler Schmidt stellt die Vertrauensfrage gemäß Artikel 68 GG; sie findet am 5. Februar 1982 mit 269 gegen 224 Stimmen die Zustimmung des Bundestages.
2. April 1982	Mit der Besetzung der Falkland-Inseln (britische Kronkolonie) durch argentinische Truppen beginnt der Falkland-Konflikt (Ende: 20. Juni 1982).
6. Juni 1982	Israelische Truppen dringen in den Libanon ein. Ziel ist u.a. die Zerstörung der Infrastruktur der PLO, die vom Libanon aus gegen Israel operiert. Beginn des fünften israelisch-arabischen Krieges .
10. Juni 1982	Die NATO-Gipfelkonferenz tagt erstmals in Bonn. Gleichzeitig führt die Friedensbewegung die bisher größte Kundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik durch.
1. August 1982	Das Asylverfahrensgesetz tritt in Kraft. Es vereinheitlicht u.a. den Instanzenweg und das Rechtsmittelverfahren.
17. September 1982	Bruch der sozial-liberalen Koalition. Bundeskanzler Schmidt kündigt vor dem Bundestag die Koalition mit der FDP auf, deren vier Minister aus dem Bundeskabinett austreten. Schmidt bildet eine SPD-Minderheitsregierung und schlägt vorgezogene Neuwahlen vor.
1. Oktober 1982	Der Bundestag wählt mit der neuen Mehrheit von CDU/CSU und FDP durch ein konstruktives Misstrauensvotum den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl zum 6. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (495 abgegebene gültige Stimmen: Ja 256, Nein 235, Enthaltungen 4). Es ist das erste und bislang einzige erfolgreiche konstruktive Misstrauensvotum gegen einen Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik.
12. November 1982	Juri Andropow wird Generalsekretär des ZK der KPdSU in der Sowjetunion.

1997 (10. Jahrestag)

2.10.

1. Januar 1997	Die private Vermögenssteuer in Deutschland entfällt . Als Kompensation für die Länder werden die Steuersätze für die Erbschaftssteuer und die Grunderwerbssteuer angehoben.
21. Januar 1997	Bundeskanzler Helmut Kohl und der tschechische Ministerpräsident Václav Klaus unterzeichnen in Prag die deutschtschechische Aussöhnungserklärung . Der Deutsche Bundestag billigt die am 21.1.1997 von den Regierungschefs beider Länder in Prag unterzeichnete deutsch-tschechische Versöhnungserklärung
1. Februar 1997	Erster Stichtag in Deutschland für den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.
10. April 1997	Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Überhangmandate und die Grundmandatsklausel bei Bundestagswahlen für verfassungsgemäß.
29. April 1997	Die bereits 1993 unterzeichnete UNO-Konvention zur weltweiten Ächtung von Chemiewaffen tritt in Kraft.
27. Mai 1997	Auf einem Sondergipfel in Paris wird die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und Russland unterzeichnet.
18. Juni 1997	Die Staats- und Regierungschefs der Länder der Europäischen Union (EU) einigen sich in Amsterdam nach dreitägigem Gipfeltreffen auf den Vertrag von Amsterdam ("Maastricht II") ; am 2. Oktober 1997 unterzeichnen die Außenminister der EU den Amsterdamer Vertrag.
18. September 1997	In Berlin findet das Richtfest zum Umbau des Reichstagsgebäudes statt.
25. September 1997	Der Deutsche Bundestag beschließt die - bisher größte - Reform des Kindschaftsrechts . Eheliche und nichteheliche Kinder werden weitgehend gleichgestellt.
11. November 1997	In einem Grundsatzurteil erklärt der Europäische Gerichtshof die Einführung einer Frauenquote im öffentlichen Dienst europaweit für zulässig.
20. November 1997	Der EU-Arbeitsmarktgipfel in Luxemburg (20 21 November 1997) beschließt Leitlinien für die einzelstaatliche Beschäftigungspolitik. Danach müssen die Mitgliedsstaaten u.a. jährlich "nationale Aktionspläne" vorlegen.
3. Dezember 1997	Im kanadischen Ottawa unterzeichnen 121 Staaten das Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (3. – 4. Dezember 1997). Der Vertrag tritt am 1.3.1999 in Kraft.
11. Dezember 1997	Die UNO-Klimaschutzkonferenz in Kyoto/Japan einigt sich auf ein weltweites Abkommen zur Reduzierung der Treibhausgase. Die Emissionen von Treibhausgasen sollen bis 2012 unter das Niveau von 1990 sinken.



12. Dezember 1997	EU-Osterweitung: Auf ihrem Gipfeltreffen in Luxemburg (12.
	– 13. Dezember 1997) beschließt die EU, mit Estland, Polen,
	Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern bilaterale Beitritts-
	verhandlungen aufzunehmen. Bulgarien, Lettland, Litauen, die
	Slowakei und Rumänien gehören zur zweiten Gruppe von Staa-
	ten, die aus Sicht der EU als Anwärter für die Mitgliedschaft
	gelten.
16. Dezember 1997	Das Rentenreformgesetz (RRG) wird vom Deutschen Bundes-
	tag verabschiedet. Er ergänzt die Rentenanpassungsformel um
	einen demographischen Faktor unter Beibehaltung der Leis-
	tungsbezogenheit.



3. Jahrestage 2007 (nach Tagen sortiert)



3.1. Januar 2007

1. Januar	Das Saarland wird am 1. Januar 1957 als zehntes Bundesland
1. Janual	
	Teil der Bundesrepublik Deutschland.
4 7	(50. Jahrestag)
1. Januar	Die private Vermögenssteuer in Deutschland entfällt zum 1.
	Januar 1997. Als Kompensation für die Länder werden die Steu-
	ersätze für die Erbschaftssteuer und die Grunderwerbssteuer
	angehoben.
	(10. Jahrestag)
21. Januar	Der Bundestag verabschiedet am 21. Januar 1957, rückwirkend
	zum 1. Januar 1957, das Gesetz über die Rentenreform und führt
	damit die sog. dynamische Rente ein. Die lohnbezogene Ren-
	tenanpassung an die Bruttolöhne gilt als eine der wichtigsten
	Sozialreformen seit der Sozialversicherungsgesetzgebung unter
	Reichskanzler Bismarck in den achtziger Jahren des 19. Jahr-
	hunderts.
	(50. Jahrestag)
21. Januar	Bundeskanzler Helmut Kohl und der tschechische Ministerprä-
	sident Václav Klaus unterzeichnen am 21. Januar 1997 in Prag
	die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung. Der Deut-
	sche Bundestag billigt die am 21.1.1997 von den Regierungs-
	chefs beider Länder in Prag unterzeichnete deutsch-tschechische
	Versöhnungserklärung.
	(10. Jahrestag)
24. Januar	Im "Wiener Münzvertrag" zwischen dem Deutschen Zollver-
	ein und Österreich wird das Münzwesen in den meisten Staaten
	des Deutschen Bundes vereinheitlicht. (150. Jahrestag)
25. Januar	DDR: Der "Berliner Appell - Frieden schaffen ohne Waffen"
	wird auf Initiative von Pfarrer Rainer Eppelmann am 25. Januar
	1982 veröffentlicht.
	(25. Jahrestag)
Ĺ	(

3.2. Februar 2007

1. Februar	Der 1. Februar 1997 ist der erste Stichtag in Deutschland für den
	Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.
	(10. Jahrestag)
3. Februar	Bundeskanzler Schmidt stellt am 3. Februar 1982 die Vertrau-
	ensfrage gemäß Artikel 68 GG; sie findet am 5. Februar 1982
	mit 269 gegen 224 Stimmen die Zustimmung des Bundestages.
	(25. Jahrestag)

3.3. März 2007

7. März	In der DDR wird vom 7. – 9. März 1957 mit der "Ha-rich/Janka-Gruppe" eine innerparteiliche Oppositionsgruppe
	der SED zu Zuchthausstrafen verurteilt (7. – 9. März 1957).
	(50. Jahrestag)
25. März	Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen am 25. März 1957 in Rom die so genannten Römischen Verträge über die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG bzw. EURATOM). (50. Jahrestag)

3.4. April 2007

1. April	Einberufung der ersten Wehrpflichtigen der Bundeswehr zum
	1. April 1957. Rund 10.000 Wehrpflichtige rücken in die Bun-
	deswehrkasernen ein.
	(50 Jahrestag)
2. April	Mit der Besetzung der Falkland-Inseln (britische Kronkolonie)
	am 2. April 1982 durch argentinische Truppen beginnt der Falk-
	land-Konflikt (Ende: 20. Juni 1982).
	(25. Jahrestag)
7. April	In Karlsruhe ermorden Terroristen der "Rote Armee Fraktion"
	(RAF) Generalbundesanwalt Siegfried Buback in seinem
	Dienstwagen auf der Fahrt zur Arbeit. Sein Fahrer und ein Jus-
	tizwachtmeister werden ebenfalls ermordet .
	(30. Jahrestag)
10. April	Das Bundesverfassungsgericht erklärt am 10. April 1997 die
	Überhangmandate und die Grundmandatsklausel bei Bun-
	destagswahlen für verfassungsgemäß.
	(10. Jahrestag)
12. April	"Göttinger Manifest" vom 12. April 1957: Führende Atomwis-
	senschaftler votieren gegen die atomare Bewaffnung der Bun-
	desrepublik.
	(50 Jahrestag)
29. April	Die bereits 1993 unterzeichnete UNO-Konvention zur weltwei-
	ten Ächtung von Chemiewaffen tritt am 29. April 1997 in
	Kraft.
	(10. Jahrestag)

3.5. Mai 2007

20. Mai	Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien schließen am 20.
	Mai 1882 den so genannten Dreibund als geheimes Verteidi-
	gungsabkommen.
	(125. Jahrestag)



27. Mai	Hambacher Fest für "Einheit und Freiheit in Deutschland" auf der Schlossruine der Maxburg bei Hambach in der Pfalz (27. – 30. Mai 1832). Das Fest ist die erste Massenversammlung der demokratisch-republikanischen Bewegung in Deutschland. (175. Jahrestag)
27. Mai	Auf einem Sondergipfel in Paris wird am 27. Mai 1997 die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und Russland unterzeichnet. (10. Jahrestag)

3.6. Juni 2007

6. Juni	Israelische Truppen dringen am 6. Juni 1982 in den Libanon ein. Ziel ist u.a. die Zerstörung der Infrastruktur der PLO, die vom Libanon aus gegen Israel operiert. Beginn des fünften israelisch-arabischen Krieges. (25. Jahrestag)
10. Juni	Die NATO-Gipfelkonferenz tagt am 10. Juni 1982 erstmals in Bonn. Gleichzeitig führt die Friedensbewegung die bisher größte Kundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik durch. (25. Jahrestag)
15. Juni	Zweite Haager Friedenskonferenz (15. Juni – 18. Oktober 1907) mit 44 Teilnehmerstaaten über Fragen des Kriegsrechts, der Abrüstung und der friedlichen Beilegung internationaler Konflikte. Hauptergebnisse waren die "Haager Landkriegsordnung" und die Gründung des Haager Schiedsgerichtshofes zur Beilegung internationaler Konflikte. (100. Jahrestag)
18. Juni	Verkündung des "Gesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts" in der Bundesrepublik am 18. Juni 1957. (50. Jahrestag)
18. Juni	Die Staats- und Regierungschefs der Länder der Europäischen Union (EU) einigen sich am 18. Juni 1997 in Amsterdam nach dreitägigem Gipfeltreffen auf den Vertrag von Amsterdam ("Maastricht II"); am 2. Oktober 1997 unterzeichnen die Außenminister der EU den Amsterdamer Vertrag. (10. Jahrestag)
20. Juni	Im "Benelux-Abkommen" beschließen die Niederlande, Belgiens und Luxemburgs am 20. Juni 1932 den Abbau ihrer Zollschranken. (75. Jahrestag)

3.7. Juli 2007

4. Juli	Das "Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen", auch Kartellgesetz genannt, wird am 4. Juli 1957 im Deutschen Bundestag verabschiedet. Das Gesetz ist Grundlage für die Tätigkeit des Bundeskartellamtes. (50. Jahrestag)
9. Juli	Der Friede von Tilsit zwischen Frankreich und Preußen beendet den so genannten Vierten Koalitionskrieg (Koalition u.a. von Preußen, Sachsen und Russland gegen Frankreich). Preußen verliert seinen westelbischen Besitz und die ehemaligen polnischen Gebiete. (200. Jahrestag)
20. Juli	"Preußenschlag": Auf Initiative von Reichskanzler Franz von Papen wird am 20. Juli 1932 durch eine Notverordnung und unter Ausrufung des militärischen Ausnahmezustands die geschäftsführende preußische Regierung unter Leitung von Otto Braun (SPD) für abgesetzt erklärt. Papen lässt sich von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskommissar von Preußen ernennen. Damit wird die letzte demokratisch legitimierte preußische Regierung zerschlagen und die Weimarer Republik entscheidend geschwächt. (75. Jahrestag)
25. Juli	Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz entsteht am 25. Juli 1957 als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie verwaltet die ihr übertragenen Kulturgüter des ehemaligen Landes Preußen. (50. Jahrestag)
26. Juli	Die Deutsche Bundesbank wird am 26. Juli 1957 als zentrale Notenbank der Bundesrepublik und West-Berlins gegründet. (50. Jahrestag)
30. Juli	In seinem Haus in Oberursel/Taunus wird der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, durch Terroristen der "Rote Armee Fraktion" (RAF) ermordet. (30. Jahrestag)

3.8. August 2007

1. August	Das Asylverfahrensgesetz tritt am 1. August 1982 in Kraft. Es
	vereinheitlicht u.a. den Instanzenweg und das Rechtsmittelver-
	fahren.
	(25. Jahrestag)

W

3.9. September 2007

5. September	Bund und Länder gründen am 5. September 1957 den Wissen-
1	schaftsrat mit Sitz in Köln. Das Beratungsgremium soll u.a.
	einen Gesamtplan für die Wissenschaftsförderung aufstellen.
	(50. Jahrestag)
5. September	
	Autos im französischen Mühlhausen entdeckt.
	(30. Jahrestag)
15. September	Bei der Bundestagswahl 1957 erreicht die Union mit 50,2 Prozent der Zweitstimmen die absolute Mehrheit der Stimmen und Mandate. Es ist die bisher einzige absolute Mehrheit einer Partei in der Bundesrepublik bei Bundestagswahlen. (50. Jahrestag)
17. September	Bruch der sozial-liberalen Koalition am 17. September 1982. Bundeskanzler Schmidt kündigt vor dem Bundestag die Koalition mit der FDP auf, deren vier Minister aus dem Bundeskabinett austreten. Schmidt bildet eine SPD-Minderheitsregierung und schlägt vorgezogene Neuwahlen vor. (25. Jahrestag)
18. September	In Berlin findet am 18. September 1997 das Richtfest zum Umbau des Reichstagsgebäudes statt. (10. Jahrestag)



25. September	Der Deutsche Bundestag beschließt am 25. September 1997 die - bisher größte - Reform des Kindschaftsrechts . Eheliche und nichteheliche Kinder werden weitgehend gleichgestellt.
	(10. Jahrestag)
30. September	Auf Beschluss des Stadtrates von Dessau im Land Anhalt muss am 30. September 1932 das Bauhaus seinen Lehr- und For- schungsbetrieb einstellen. (75. Jahrestag)

3.10. Oktober 2007

1. Oktober	Der Bundestag wählt am 1. Oktober 1982 mit der neuen Mehrheit von CDU/CSU und FDP durch ein konstruktives Misstrauensvotum den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl zum 6. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (495 abgegebene gültige Stimmen: Ja 256, Nein 235, Enthaltungen 4). Es ist das erste erfolgreiche konstruktive Misstrauensvotum gegen einen Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik. (25. Jahrestag)
4. Oktober	Der sowjetische Satellit "Sputnik 1" startet am 4. Oktober 1957 als erster Erdsatellit ins Weltall. Das Ereignis löst in der westlichen Welt den so genannten Sputnikschock aus. (50. Jahrestag)
9. Oktober	Der preußische König Friedrich Wilhelm III. erlässt auf Initiative von Minister Karl Reichsherr vom und zum Stein am 8. Oktober 1807 ein Edikt zur Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft. (200. Jahrestag)
27. Oktober	Gründung des Bundes der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) am 27. Oktober 1957 in Deutschland. (50 Jahrestag)
31. Oktober	In Garching bei München geht am 31. Oktober 1957 als erstes bundesdeutsches Kernkraftwerk ein Forschungsreaktor in Betrieb. (50 Jahrestag)

3.11. November 2007

5. November	Das Allgemeine Kriegsfolgengesetz vom 5. November 1967 regelt Rechts- und Entschädigungsprobleme, die durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse sowie die Niederlage des Deutschen Reiches entstanden sind.
	(50. Jahrestag)

	A	1
1		/

8. November	Franklin D. Roosevelt wird am 8. November 1932 als Kandidat der Demokratischen Partei bei den Präsidentschaftswahlen zum neuen amerikanischen Präsidenten gewählt. (75. Jahrestag)
11. November	In einen Grundsatzurteil vom 11. November 1997 erklärt der Europäische Gerichtshof die Einführung einer Frauenquote im öffentlichen Dienst europaweit für zulässig. (10. Jahrestag)
12. November	Juri Andropow wird am 12. November 1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU in der Sowjetunion. (25. Jahrestag)
20. November	Der EU-Arbeitsmarktgipfel in Luxemburg (20 21 November 1997beschließt am 20. November 1997 Leitlinien für die einzelstaatliche Beschäftigungspolitik. Danach müssen die Mitgliedsstaaten u.a. jährlich "nationale Aktionspläne" vorlegen. (10. Jahrestag)

3.12. Dezember 2007

3. Dezember	Im kanadischen Ottawa unterzeichnen am 3. Dezember 1997
	121 Staaten das Übereinkommen über das Verbot des Einsat-
	zes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von
	Antipersonenminen und über deren Vernichtung (3. – 4.
	Dezember 1997). Der Vertrag tritt am 1.3.1999 in Kraft.
	(10. Jahrestag)
11. Dezember	Die UNO-Klimaschutzkonferenz in Kyoto/Japan einigt sich
	am 11. Dezember 1997 auf ein weltweites Abkommen zur Re-
	duzierung der Treibhausgase. Die Emissionen von Treibhausga-
	sen sollen bis 2012 unter das Niveau von 1990 sinken.
	(10. Jahrestag)
12. Dezember	EU-Osterweitung: Auf ihrem Gipfeltreffen in Luxemburg (12.
	– 13. Dezember 1997) beschließt die EU, mit Estland, Polen,
	Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern bilaterale Beitritts-
	verhandlungen aufzunehmen. Bulgarien, Lettland, Litauen, die
	Slowakei und Rumänien gehören zur zweiten Gruppe von Staa-
	ten, die aus Sicht der EU als Anwärter für die Mitgliedschaft
	gelten. (10. Jahrestag)
16. Dezember	Der erste Atomreaktor der DDR wird am 16. Dezember 1957
	in Rossendorf bei Dresden in Betrieb genommen.
	(50. Jahrestag)
16. Dezember	Das Rentenreformgesetz (RRG) wird am 16. Dezember 1997
	vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Er ergänzt die Ren-
	tenanpassungsformel um einen demographischen Faktor unter
	Beibehaltung der Leistungsbezogenheit.
	(10. Jahrestag)



4. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (1998). Die Weimarer Republik 1918 -1933, Bonn.
- Deutsches Historisches Museum u.a. (2006).Lebendiges virtuelles Museum Online" (LeMo) http://www.dhm.de/lemo/home.html [Stand: 19.02.2007].
- Görtemaker, Manfred (1996). Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Lehmann, Hans Georg (2000). Deutschland-Chronik 1945 bis 2000, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn.
- Munzinger-Archiv-Online (2006). <u>www.munzinger.de</u> [Stand: 19.02.2007].
- o.A. (2005). Kompakt Ploetz. Hauptdaten der Weltgeschichte, Köln/Freiburg.